

Offene Online Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim 24. April 2020, 30. Jahrg.

Deutlich mehr als ein „Demo-Zehner“

Spendensammlung als Reaktion auf AfD-Kundgebung in Bernau am 7. März/
Aktion fand vor dem Shutdown statt, brachte aber nun das Ergebnis: 1.830 Euro für Geflüchtete



Für eine solidarische Gesellschaft: Am 7. März trafen sich dafür rund 250 Menschen auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz.

Foto: privat

Das „Netzwerk für Weltoffenheit Bernau“ rief am 7. März auf dem Bahnhofsvorplatz zu buntem, friedlichem Protest sowie zu Spenden auf. Unter dem Motto „Stoppt die Brandstifter – Solidarität statt Hass, Hetze und Gewalt“ versammelten sich etwa 250 Menschen aller Generationen, die kreativ zeigten, dass sie in keinem Land leben möchten, das von AfD-Demagogen regiert oder mitregiert wird. Noch unter dem Eindruck des rassistischen Terroranschlags von

Hanau machten sie deutlich: Wir treten für eine solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte nicht von Zufälligkeiten wie dem Ort der Geburt abhängig sind.

Vorab versprach das „Netzwerk“: Als Gegengewicht gegen die Ausschließertis der AfD sorgen wir dafür, dass pro Teilnehmer*in an der AfD-Kundgebung mindestens 10 Euro an „Pro Asyl e.V.“, an „Women in exile“ bzw. an „Barnim für alle“ gespendet werden. Anfangs fragten einige Aktive im Netzwerk

skeptisch: Ist ein „Demo-Zehner“ nicht doch zu viel und überhaupt realisierbar? Wenn 100 Menschen zur AfD-Kundgebung kommen, brauchen wir 1000 Euro Spenden ... Die optimistischen Stimmen überwogen: „Notfalls stocken wir anschließend die Spenden auf.“

Aufstocken ist nun nicht nötig. An der AfD-Kundgebung beteiligten sich 50 bis maximal 80 Teilnehmer, überwiegend ältere Männer. Spenden in Höhe von 800 Euro hätten also gereicht, um die Zusage ein-

zulösen. Wie das Netzwerk jetzt in Erfahrung brachte, gingen mit dem Vermerk „Spende BER0703“ bis April insgesamt 1830,00 Euro bei den drei Organisationen ein, die sich für die Rechte geflüchteter Menschen einsetzen. Danke an alle, die gespendet haben.

Kontakt per E-Mail: netzwerk.toleranz@web.de; Facebook:

<https://www.facebook.com/Netzwerk.Weltoffenheit.BER/>

Isabelle Czok-Alm

Kreisvorsitzende DIE LINKE

23. April: Das ist bundesweit neu

Kurzarbeitergeld

Für **alle** Arbeitnehmer*innen in Kurzarbeit gilt vom 1. Mai bis 31. Dezember 2020: Sie können die volle Höhe des bisherigen Monatseinkommens hinzuverdienen. Bisher galt die Regelung nur für bestimmte Berufe.

Wer „Corona-Kurzarbeitergeld“ für eine um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit bezieht, erhält ab dem 4. Monat des Bezugs 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem 7. Monat 80 Prozent (bzw. 87 Prozent des pauschalierten Netto-Entgelts, längstens bis 31.12.2020).

Arbeitslosengeld I

Wer Arbeitslosengeld nach dem SGB III erhält und dessen Anspruch zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde, erhält das so genannte Arbeitslosengeld I 3 Monate länger.

Unternehmen

Die Mehrwertsteuer für Speisen

in der Gastronomie wird vom 1. Juli bis 30. Juni 2021 auf den Steuersatz von 7 Prozent gesenkt.

Kleine und mittelständische Unternehmen sollen pauschale Herabsetzungen geleisteter Steuervorauszahlungen (2019) für Verluste in 2020 vornehmen können.

Digitaler Unterricht

Ein Sofortausstattungsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro soll für bedürftige Schüler einen Zuschuss von 150 Euro für die Anschaffung entsprechender Geräte ermöglichen. Außerdem soll die Ausstattung der Schulen gefördert werden, um professionelle Online-Lehrangebote zu ermöglichen.

Alle Entscheidungen müssen noch durch Rechtsverordnungen zur Ausführung unteretzt und in Kraft gesetzt werden. (bc)

LINKE: Gegen gefährliche Lockerungsdynamik/ „Corona-Elterngeld“ vorgeschlagen

„Forderungen nach weiteren Lockerungen der Corona-Maßnahmen sind zwar verständlich, aber es entsteht eine gefährliche Dynamik: Wenn es Lockerungen für A gibt, soll es diese dann auch für B, C, und D geben – und dann ist man schnell beim gesamten Alphabet.“ so äußerte sich die Bundesvorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, am 20. April. Die Corona-Maßnahmen müssen sozial flankiert werden, damit sie nicht zum Beispiel auf dem Rücken von Beschäftigten mit Kindern ausgetragen werden. Deshalb machte die LINKE im Bundestag am 23. April auf deren oft prekäre Situation aufmerksam und schlug ein „Corona-Elterngeld“ vor.

Autokaufprämie?

Es sei allen Beschäftigten und Inhabern gegönnt, dass Autohäuser wieder öffnen, aber wirklich lebenserhaltend oder fürs soziale Gefüge wichtig ist die Branche gerade nicht. Statt dessen zog dies sofort die Frage nach dem Verkauf von Autos nach sich, das wiederum die Forderung nach einer Prämie.

Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung lag zu Jahresbeginn die Liquidität von VW, Daimler und BMW bei insgesamt 30 Milliarden Euro. Davon verbraucht sich sicher gerade einiges, aber existentielle Not, die der Steuerzahler lindern müsste, sieht anders aus. Und ein ökologisches Umschwenken auch. Oder gehts doch eher um Dividende, die noch gezahlt werden müssen? (bc)



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488

E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW
am 25. April